

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

45. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 4. Juni 2020

(16:00 Uhr bis 22:20 Uhr)

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2564	24
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:	24
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	24
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	25
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER:	26
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2567	26
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:	26
Stadtverordneter Christian Heimpel, SPD:	27
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2561	28
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:	28
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:	28
Stadtverordnete Milkica Romic-Stojanovic, SPD:	29
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	30
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	30
Stadtrat Klaus Oesterling:	31
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2569	32
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER:	32
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:	33
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:	34
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	35
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:	35
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:	36
Stadtrat Jan Schneider:	37
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	39
5. Antisemitismus und religiöses Mobbing an Frankfurter Schulen	39
Bericht des Magistrats vom 21.02.2020, B 73	
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	39
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	42
Stadtverordnete Milkica Romic-Stojanovic, SPD:	43
Stadtverordneter Thomas Kirchner, CDU:	45
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	46
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:	48
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	49
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	52
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker	53
6. Mehr Hortplätze zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie	56
Bericht des Magistrats vom 06.03.2020, B 122	
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	56
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	58
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, LINKE.:	60
Stadtverordnete Kristina Luxen, SPD:	62
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:	64
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	66
Stadträtin Sylvia Weber:	67

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Nun hat Frau Ditfurth das Wort, danach Frau Romic-Stojanovic. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Ich empfehle diese Masken, die braucht man nicht am Ohr baumeln zu lassen.

Bei diesem Thema kann ich ohne eine Differenz an Herrn Paulsen anschließen, weil es ein sehr guter Beitrag war, der sich auch mit der Studie von Professor Julia Bernstein auf die richtige Studie bezog. Ich habe diesen Bericht gelesen und die Überschrift in der Beantwortung im Bericht versucht zu finden. Das ist mir nicht ganz gelungen. Da steht „Antisemitismus und religiöses Mobbing an Frankfurter Schulen“, im Text selbst kommen verschiedene Sachen nicht vor. Es kommen sehr gute Einrichtungen vor, wie die Bildungsstätte Anne Frank, das AmkA und lauter ehrenwerte Tätigkeiten und Projekte. Aber der Kern der Frage ist unterbelichtet, und zwar der, was mit Antisemitismus an den Schulen ist, und wieso kommen hier in diesem Bericht nicht wenigstens andeutungsweise die Lehrer vor, bei denen das Problem Antisemitismus ein ziemlich großes ist, und das schon seit dem 19. Jahrhundert. Das heißt, es gibt in diesen gebildeten Schichten - Theologen, Journalisten, Lehrer, Menschen in der Justiz, Richter - seit sehr langer Zeit in Deutschland, gespeist von dem uralten christlichen Judenhass, einen tiefsitzenden Antisemitismus, der natürlich nach der Shoah weggedrückt werden musste, sofern es nicht gerade offen faschistische Kreise waren, in der man sich an judenhasserischen Äußerungen erfreute. Aber in dem Bericht aus dem Jahr 2020, der die Überschrift „Antisemitismus an Frankfurter Schulen“ trägt, finde ich ziemlich viel: es geht um Rassismus - völlig richtig, es gibt auch muslimischen Antisemitismus genau wie es antimuslimischen Rassismus gibt -, es wird viel über Rassismus

gesprochen, alle möglichen Projekte, gegen die ich gar keine Einwände habe. Außer vielleicht die Einschränkung, dass ich es sehr merkwürdig finde: Was ist eigentlich mit Antisemitismus gegen säkulare Juden? Die Tradition im Judentum heißt doch, dass - gerade in vielen jüdischen Biografien liest man, dass die Person, die die Biografie schreibt, sich selbst gar nicht mehr als Jude verstanden hat, weil sie längst so wenig religiös war und die kulturelle Gemeinschaft so mehr als Hintergrund hatte -, Menschen, die sich als nicht-religiöse Juden bezeichnen, sagen, „Ich gehöre zu dieser Kulturgemeinschaft, zu diesem traditionellen Kontext“, sich in einigen Sätzen in diesem Bericht gar nicht wiederfinden würden, weil hier permanent gesagt wird, Antisemitismus ist einer gegen religiöse Juden. Das geht so nicht.

Die Frage, die mir die ganze Zeit beim Lesen kam, war: Lernen Lehrerinnen und Lehrer und Pädagoginnen und Pädagogen die Vermittlung? Also, es gibt viele Projekte, in denen die Leute geschult werden, wie sie mit Kindern umgehen, Schülern, Jugendlichen, die sich antisemitisch äußern. Das ist prima. Aber wo werden denn die, die schulen, geschult? Gibt es bei diesen Projekten, das konnte ich nicht erkennen und ich weiß es auch einfach nicht, gibt es Arbeitsgemeinschaften, in denen die Möglichkeit besteht, sich auch konfliktreich notwendigerweise mit den Lehrerinnen und Lehrern sowie Pädagoginnen und Pädagogen selbst über ihren Antisemitismus auseinanderzusetzen? Liest man nämlich die wirklich hervorragende Studie von Julia Bernstein und ihrem Forschungsteam von 2018, oder liest man Bücher von Monika Schwarz-Friesel, Linguistin und Professorin, die ich sehr schätze, die erstens das Meisterwerk „Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert“ geschrieben hat, worin sich eine Auswertung von 14.000 Sendungen an die israelische Botschaft in Berlin und an den Zentralrat findet, in denen sich die gesamte Breite akademischen Antisemitismus einschließlich der genannten Berufsgruppen und auch Lehrern darstellt, und zwar im 21. Jahrhundert, oder zweitens ihr Werk „Gebildeter Antisemitismus“, dann können solche Meinungen keinen Bestand mehr haben, die sagen „Antisemitismus ist ein Ausdruck von Dummheit, im alten biblischen Sinn“. Das ist vollkommener Quatsch. Dann muss man da hereingehen

und sagen, okay, was passiert denn, wenn Schüler sich äußern und sagen, Israel ist ein Kindermörderstaat. Was machen dann Lehrer? Es gibt Lehrer, die dann sagen - es hat jetzt keinen Sinn, das jetzt zu benennen, das will ich gar nicht, ich will das systematisch klären -, ja, Israel ist ein Problem. Dann sagen sie, sie seien nur „Israelkritiker“.

Es gibt kein Bewusstsein unter vielen Lehrern darüber, dass sich der Antisemitismus gerade mit seinem christlichen Ursprung, und das ist der älteste und der bedeutendste Ursprung des Judenhasses, bitte nie vergessen, auch nicht bei der Auseinandersetzung mit muslimischen Antisemitismus, dass in der Auseinandersetzung nicht bewusst gemacht wird, dass sich vercodet über Sprachbilder der Antisemitismus nach 1945 in Begriffen wie „ist doch nur Israelkritik“ versteckt. Es gibt kein Land der Welt, für das es das gibt. Es gibt keine „Norwegenkritik“ oder so etwas. Das gibt es alles nicht. Es gibt aber geradezu eine Besessenheit, leider auch unter kleineren Teilen linker Kulturen und Minderheiten in dieser Gesellschaft, aber das ist ein anderes Thema. Wir sind jetzt bei Schulen und Lehrern. Da sind aber auch linke Lehrer und von denen kann man das manchmal auch hören.

Die Frage lautet, wo ist die systematische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus unter Lehrern, weil der zitiergebende Titel für die Studie von Bernstein „Mach mal keine Judenaktion“ ist, und eine Reaktion war, wenn ich mich richtig an die Lektüre erinnere, von einer Lehrerin auf einen antisemitischen Vorfall unter Schülern und eine Beschwerde eines antisemitisch angegriffenen Kindes über diese Aktion. So war dann die Reaktion.

Wird so etwas aufgearbeitet? Wie findet man so etwas heraus? In einer Begegnung, in einer Arbeitsgruppe, in der den Lehrern gesagt wird, jetzt möchten wir uns gerne über das, was in euren Köpfen über Israel und die Juden und an Resten oder auch Nichtresten an aktiven Beständen von Antisemitismus vorhanden ist, unterhalten. Da muss man in eine völlig andere Form der Kommunikation gehen, weil der Erwachsene, der Lehrer, die Lehrerin, weiß, dass es jetzt um ihn geht, jetzt muss er ganz vorsichtig reden. Wie bekommt man das raus? Ich finde die Bernstein-Studie gibt sehr, sehr viele Anregungen.

Ich finde nichts davon in diesem Zwischenbericht des Magistrats, wie gesagt, aber viel gutes anderes. Hier steht, der Magistrat berücksichtigt das Thema Antisemitismus an Frankfurter Schulen. Ja, wie? Wo? Christlicher Antisemitismus: kein Thema. Stärkt Jugendliche! Am Ende steht dann: „Auch zum Umgang der Lehrkräfte, zu der Wirkung auf die Schule“ und so weiter „liegen noch keine konkreten Informationen vor“. Man kann bei diesem Bericht auch sehr dankbar sein, dass die geschätzte Bildungsstätte Anne Frank über eine Meldestelle verfügt. Hier steht nicht umsonst am Anfang des Zwischenberichts: „Der Magistrat hat die Fallzahlen beim Staatlichen Schulamt angefragt. Eine Antwort liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.“ Dito, die gleiche Antwort bei Punkt zwei der Frage. „Eine Abfrage bei der Bildungsstätte Anne Frank, die über eine eigene Meldestelle verfügt, ergab im Zeitraum ...“ und so weiter, einmal 59 antisemitische Vorfälle und einmal 54. Aber in diesen Vorfällen sind nie die unfähigen und manchmal ihren eigenen latenten oder auch offenen Antisemitismus verbergenden Reaktionen von Lehrern mitgezählt. Wie ist der Umgang damit?

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Frau Dittfurth! Das war jetzt wirklich eine Punktlandung mit den acht Minuten. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Romic-Stojanovic von der SPD-Fraktion, ihr folgt Herr Kirchner für die CDU-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordnete Milkica Romic-Stojanovic, SPD:

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr, dass dieses wichtige Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Es handelt sich, wie wir gerade gehört haben, bei dem Bericht der Dezernentin um einen Zwischenbericht, da die Fallzah-

7. Antrag zur Erarbeitung eines Konzepts zum Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Angriffen aus der rechtsradikalen Szene	69
Anregung des OBR 2 vom 17.02.2020, OA 534 <u>hierzu</u> : Antrag der BFF vom 25.05.2020, NR 1195	
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	70
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	72
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	72
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	73
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	74
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	75
8. Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2018.....	77
Bericht des Magistrats vom 03.02.2020, B 35	
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	77
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE:	78
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	80
Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	82
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	84
9. Open-Source-Nutzung an Frankfurter Schulen	84
Antrag der FRAKTION vom 01.04.2020, NR 1162	
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	84

genen Scheiben zu einem Büro der AfD oder der Linkspartei gehören. Das interessiert kein Strafgericht, es bleibt eine Sachbeschädigung. Das ist eigentlich nur eine ganz profane Erkenntnis, aber ich habe den Eindruck, dass sie nicht bei allen Parteien durchgedrungen ist, entweder, weil man es intellektuell nicht erfasst oder weil man es nicht erfassen will, weil man vielleicht eine ganz andere politische Zielrichtung hat. Das Schlimme ist gar nicht der Stadtplan, das passt zu dem intoleranten und antidemokratischen Wesen der Antifa, und Nico Wehnemann, Antifaschismus kann sehr wohl töten, wie ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt.

(Beifall)

Äußerst bedenklich ist vielmehr die Reaktion oder vielmehr die Nichtreaktion der Parteien der Koalition. Es ist verräterisch, wenn man völlig zu Recht, und ich habe mit dem SPD-Ortsbeiratsantrag gar keine Probleme, über Bedrohung von linken Politikern oder Politikern in der Mitte durch Rechtsextreme ausführlich redet, bei der Bedrohung von rechten Politikern und Politikern der Mitte durch Linksextremisten aber in totalem Schweigen verharrt. Hier entsteht nämlich der Verdacht, dass es gar nicht um das Thema Bedrohung von Kommunalpolitikern geht, sondern darum, dieses zur Kommunikation bestimmter politischer Ziele zu instrumentalisieren.

(Beifall)

Das ist unglaublich. Von einem Demokraten erwarte ich, dass er sich gegen Bedrohung und Gewalt wendet und seine Stimme erhebt, unabhängig davon, ob sie von rechts, von links oder sonst woher kommt. Vor allen Dingen unabhängig davon, ob man die politische Meinung desjenigen teilt, der bedroht wird, denn es gilt der Satz von Voltaire, „... ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich setze mein Leben dafür ein, dass Sie sie äußern dürfen“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:

Vielen Dank, Herr Dr. Schulz! Frau Ditfurth, Sie haben das Wort. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Guten Abend noch einmal!

Herr Mund hat seine Ehefrau selbst hier eingeführt, deswegen darf ich es erwähnen, Heidi Mund, die wir aus Frankfurt als rechtsradikale Nervensäge kennen, hat 2013 in der evangelischen Gedächtniskirche in Speyer sehr erbost darüber, dass ein Imam und ein Pfarrer gemeinsam für den Frieden beteten, gestört, indem sie auf den Balkon ging, mit einer riesigen Deutschlandfahne wedelte und dann in diesen Gottesdienst reinbrüllte, dass nur Jesus allein in Deutschland regiere. Von Herrn Mund weiß ich auch einige Geschichten, aber die sind so uninteressant. Eigentlich ist er keine Herausforderung.

Interessanter finde ich die, die hier mit Hufeisen werfen und vergessen, dass die ganze Hufeisen- und Totalitarismus-Ideologie - was heißt vergessen, es ist zu Ihrem Interesse - doch nur der hilflose Versuch sind, immer einmal wieder in der Geschichte die radikale Mitte von ihren riesigen Anteilen an Rassismus und Antisemitismus freizusprechen, freizusprechen auch von ihrer Rolle im Übergang und im NS-Faschismus. Daher kommt das immer. Deswegen muss man die sogenannten Ränder, die sich angeblich so nahe sind, immer als gleich darstellen, um selbst das bessere Alibi zu haben.

Als ich heute den Tagesordnungspunkt „Kommunalpolitiker zu schützen“ las, dachte ich mir, auf welchem Planeten leben die und wo sind die politisch aktiv und was erleben wir selbst. Sauerkraut im Briefkasten finde ich schon fast entzückend, verglichen mit Nazischeiße, buchstäblich, im Briefkasten. Brandanschläge im Haus, nach Hause zu kommen, im Treppenhaus es brennen zu sehen, das ist auch nicht so entzückend. Von Nazis in Frankfurt geprügelt zu werden und dann so naiv - bin ich nie wieder - zu sein, die Polizei anzurufen, damit sie kommt, weil ich die noch gehen sah und wusste, wo die hin-

gehen würden. Nix ist, es war die Polizeiwache 1, und die sollte ich - sagte mir später ein sozialdemokratischer, sehr netter Polizist - bitte nie wieder anrufen. Ich rede jetzt von den späten Achtzigerjahren. Also auch kein frisches Problem mit dieser Polizeiwache.

Ich erinnere mich an die Rohrbachstraße im Jahr 1981. Ein Polizeiexzess von Menschen, wo ich sehen musste, wie Menschen der Schädel eingeschlagen wurde, wie Frauen in den Bauch getreten wurde. Einen solchen Überfall in dieser extremen Form in so kurzer Zeit und so gut geplant, habe ich nie wieder erlebt. Ich bin Antifa und Zeit meines politischen Lebens, das sind jetzt schon ungefähr 40 Jahre, bin ich zur Hälfte von Nazis verprügelt und diskriminiert worden oder meiner Freiheit beraubt und zur anderen Hälfte von Polizisten.

Ich käme nie im Leben auf die Idee, in den letzten Jahren oder jetzt, und da passiert sehr viel, in bestimmte Straßen, Stadtteile, Stadtviertel in diesem Land zu fahren, weil man mich erkennt und ich dann sofort meine Gesundheit riskieren würde. Ich würde niemals die Polizei um Hilfe bitten. Auf die Idee käme ich gar nicht, weil ich nicht wüsste, wer dann kommt. Ist das jetzt ein sozialdemokratischer, netter Polizist oder ist das einer, der denkt, die Gelegenheit nutzen wir jetzt einmal. Also verlässt man sich auch dabei auf die Antifa und deswegen habe ich das einigermaßen gesund überlebt, diese letzten 20 Jahre, 30 Jahre seit der sogenannten Wiedervereinigung, als das eskalierte.

Das heißt, ich finde das nett. Beschließen Sie, dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker geschützt werden. Es kommt zwar Jahrzehnte zu spät, aber es ist nicht schlecht. Wenn es einem von Ihnen oder einer nützt, ist das auch nett, aber ich kann mir auch nicht vorstellen, dass Herr Siegler irgendwelche Maßnahmen ergreift, die mich in dem politischen Konflikt auf der Straße schützen. Da fehlt das Vertrauen einfach komplett. Deswegen sage ich, machen Sie das mal, ich schaue dem zu, wie einem exotischen Blumenbeet, denn es ist mir fremd und weit weg von meiner politischen Praxis im Kampf gegen Nazis und Antisemiten und alle anderen möglichen Leute, die die Demokratie beseitigen wollen.

Ich finde bei der sogenannten Gewaltfrage, die dann immer mit der Hufeisen- und Totalitarismus-Ideologie verbunden ist, die dann immer so angeploppt wird, dass man sofort die richtigen Assoziationen hat. Ich muss sagen, ich bin in der Hinsicht ein sehr altmodischer Mensch, vielleicht sogar strukturkonservativ. Ich kann seit den Kämpfen der Siebzigerjahre gegen geplante Atomkraftwerke ganz wunderbar zwischen dem Kaputtmachen eines Zauns und einen Bauplatz zu besetzen unterscheiden, also Sachbeschädigung, und der Verletzung von Menschen, die ich immer schon ausgeschlossen habe.

Was ist daran schwer? Das wissen auch alle und trotzdem wird der Bullshit, die Linke habe kein geklärtes Verhältnis zur Gewaltfrage, immer wiederholt. Wenn ich dann aber Leute sehe, die jemanden zusammenschlagen, weil er schwarz ist, dann hängt es von der Situation ab, wie ich reagiere. Ist das nur einer und er tut es und ich traue es mir kräftemäßig zu, dass ich eingreife, dann muss ich sagen, dass der autoritäre Charakter manchmal kein hinlängliches Argument versteht, sondern nur eine pragmatische Handlung. Um jemand zu schützen, wende ich dann Gewalt an, indem ich versuche, den von ihm wegzureißen. Das kann man dann hinterher strafrechtlich beurteilen, wenn man möchte, das ist mir egal, weil es ethisch gut begründet ist. Sind es aber viele, würde ich versuchen, Hilfe zu rufen, aber ich würde auch in Frankfurt nicht die Polizei rufen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache. Ich hatte eingangs erwähnt, dass die Vorlagen um eine Runde zurückgestellt werden sollen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? (Geschicht) Das ist nicht der Fall, dann machen wir das so, und ich schließe damit den Tagesordnungspunkt.

7. Antrag zur Erarbeitung eines Konzepts zum Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern vor Angriffen aus der rechtsradikalen Szene	69
Anregung des OBR 2 vom 17.02.2020, OA 534 <u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 25.05.2020, NR 1195	
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	70
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	72
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU:	72
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD:	73
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	74
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	75
8. Kommunale Wohnraumversorgung: Jahresbericht 2018	77
Bericht des Magistrats vom 03.02.2020, B 35	
Stadtverordneter Sieghard Pawlik, SPD:.....	77
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE:	78
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	80
Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek, CDU:.....	82
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, LINKE.:.....	84
9. Open-Source-Nutzung an Frankfurter Schulen	84
Antrag der FRAKTION vom 01.04.2020, NR 1162	
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	84

schneisen gewahrt werden, im Wohnungsbau auch in die Höhe wachsen können. Wo wir eben bei Baugebieten prüfen müssen, wie wir aktiven Klimaschutz bewirken, in den Wohnungsmarktbericht einfließt. Hier wäre es für mich noch wichtiger zu sehen, wie all diese Maßnahmen für den Klimaschutz auch eingesetzt werden können. Denn es muss uns ernst sein um eines, nämlich um die Umsetzung der von der Koalition beschlossenen Klimaallianz, hierbei gibt es viele wichtige Punkte zum Wohnungsbau. Diese Ernsthaftigkeit, die vermisste ich noch.

Herr Pawlik, Sie haben es schon gesagt, bei der Dichte der Bebauung geht es auch um eine soziale Dichte. Wir müssen im Vorhinein schauen, wem und wie vielen Menschen jeweils eine Fläche zugutekommt. Hier müssen wir auch die Ungleichheiten regeln. Ich möchte den Ämtern und dem Dezernat für all diese Informationen danken, denn wir sehen vor allem, dass gerade in der Wohnungsbaupolitik Transparenz notwendig ist. Das sehen wir auch bei dem Baulandbeschluss. Hier ist wichtig, dass all den privaten Bauträgerinnen und Bauträgern aufgezeigt wird, wie wir uns in Zukunft den Wohnungsbau, gerade im Bereich des geförderten Wohnungsbaus, gerade auch im Bereich des gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus, vorstellen.

Hier gab es im Wohnungsbaubericht 2017 einen Mittelabfluss von null Euro in der Förderung des gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Im Ausschuss hat freundlicherweise der Dezernent schon gesagt, dass sich in den nächsten Jahren aufzeigen wird, dass hier mehr investiert wird. Wir haben gemeinsam mit dem Haushalt beschlossen, dass wir alle Mittel für die Förderung des gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Wohnungsbaus erhöhen. Ich denke, das ist wichtig, in den Zeiten, in denen wir im Haushalt Einsparungen haben, an diesem Punkt nicht einzusparen, denn der gemeinschaftliche, genossenschaftliche Wohnungsbau schafft für uns in der Stadt nicht nur Wohnraum, sondern tut auch etwas für das Quartier. Ich denke, dass es dabei wichtig ist, dass wir hier nicht einsparen, sondern den gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen Wohnungsbau weiter fördern.

Ich möchte Sie ganz zum Schluss, nachdem es eben um Wohngebäude geht, noch in ein Gedankengebäude entführen. Ganz kurz zum Schluss nur, denn Niklas Maak hat in der FAZ über Visionen von Architektinnen und Architekten geschrieben, die aus dem Jahr 2038 auf heute schauen. Hier kommen zum Beispiel die Baubotaniker Schöne und Ludwig zu Wort, die von mitwachsenden Häusern mit Fassaden aus Bäumen sprechen, wenn das Wohnen in ein größeres ökologisches System eingebettet ist, oder wenn der Architekt Arno Brandhuber von einem Mix aus einem Penthouse und Wohnungen mit einem Mietpreis von maximal sechs Euro im selben Gebäude spricht. Jetzt muss ich also sagen, wenn ich den Frankfurter Baulandbeschluss sehe, den wir im letzten Plenum beschlossen haben, mit den Quoten für den geförderten Wohnraum und gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen, wenn ich die Quoten bei der ABG von 40 bis 50 Prozent für den geförderten Wohnungsbau schon jetzt sehe, wie viel ökologischen Nutzen Passivhausbauweise oder Energieplushäuser haben, dann müssen wir eben nur das umsetzen, was wir alles schon haben und nicht auf das Jahr 2038 warten.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Stadtverordneten Zieran von ÖkoLinX-ARL. Sie haben noch sechs Minuten zwanzig Sekunden Restredezeit. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Guten Abend!

Wir hören heute fast nur Wahlkampf hier und nichts weiter ist diese Debatte um den Wohnungsmarkt. Der GRÜNE-Beitrag war einfach nur peinlich, der ist völlig an der sozialen Frage vorbeigegangen und die SPD stellt sich auch nicht der Realität, man ertränkt alles in Zahlen. Vergleichen wir doch einmal wieder die Realität. Die einzige Stadt, die es

geschafft hat, die Mietpreissteigerung zu senken, ist Berlin. Berlin hat es geschafft, das Mietniveau um fünf Komma - die genaue Zahl nach dem Komma weiß ich jetzt nicht - zu senken. Das hat Frankfurt nicht geschafft mit dieser Politik.

Was wirklich in Frankfurt für eine Politik gemacht wird, wird deutlich, wenn man sieht, was der Planungsdezernent priorisiert, was seine persönliche Angelegenheit ist. Da findet man plötzlich im Internet ein Video von Herrn Mike Josef zusammen mit dem Investor für die Deutsche Bank - ganz geil, ganz geil, ganz unabhängig. Oh ist das schön, wieder eine Aufwertung der Stadt Frankfurt, wieder die Spekulation vorangetrieben, wieder die Mietpreisschraube angedreht! Das ist die Realität deiner und eurer Politik und nicht, dass ihr irgendetwas für den sozialen Wohnungsmarkt hier vorangetrieben habt. Es werden weiter Wohnungen aus der Bindung rausgelassen. Es werden wenige Sozialwohnungen gebaut. Wir haben immer noch diese 40.000 Verluste. Wir haben die Corona-Krise mit einer weiteren Verarmung. Wir werden noch mehr Leute in Frankfurt haben, die angewiesen sind auf soziale Wohnungen.

Dann hört man hier diesen Kram: „90,4, 94, unser Ziel ist 103.“ Mensch, steck dir doch die Zahlen sonst wo hin! Die Realität ist die: Wir haben zu wenig soziale Wohnungen, und ihr macht nichts in Frankfurt. Das ist die Realität, die ich insbesondere der SPD hier unterschiebe oder reinschiebe, weil das euer Dezernent ist, und ihr redet nur schöne Worte. Die Praxis spricht gegen euch, aber tolle Videos - „mein persönliches Projekt“, „das mache ich ja auch nicht jeden Tag, dass ich hier so eine Baugenehmigung erteile“. Also das habe ich noch nicht erlebt in dieser Stadt, auch nicht von der CDU. Also in dieser unverfrorenen Art und Weise ist noch niemand mit einem Investor in dieser Form aufgetreten.

Dann wird immer der Baulandbeschluss herangeführt, dass das jetzt endlich die Kehrtwende ist. Der Baulandbeschluss ist doch nichts weiter als der Versuch der Festschreibung von 30 Prozent, 15 Prozent - jetzt komme ich auch auf Zahlen - für Sozialwohnungen. Dann haben wir noch Eigentumswohnungsförderung da drin, dann haben wir noch freien Mietmarkt da drin. Das ist doch - ich hätte fast gesagt, na ja, ich will es mal

jetzt nicht übertreiben - völlig daneben. Es hilft nichts, es hilft den Armen, es hilft der Mittelschicht, der unteren Mittelschicht überhaupt nichts. Es hat sich doch nichts geändert. Was wollt ihr denn verkaufen? Es wird immer erbärmlicher, was vonseiten der SPD dargestellt wird in dieser Frage. Ihr seid gescheitert, im Gegensatz zu einer rot-rot-grünen Koalition in Berlin, die dank des Engagements eines unverfrorenen und wirklich aggressiven grünen Baustadtrats wirklich etwas erreicht. Was wird hier erreicht? Ich lebe im Nordend, eine Modernisierung nach der anderen, die Mietshäuser um mich herum verschwinden, billige Mietswohnungen gibt es im Nordend praktisch nicht mehr, aber wir haben immer mehr Großprojekte, wo wunderbar reiche Leute unterkommen.

Zweiter Punkt: Klima, was den GRÜNEN ja so wichtig ist, Grünzüge erhalten. Wer vernichtet denn Grünzüge in Frankfurt? Wer hat denn angefangen, die grüne Lunge zu planen im Nordend? Wer nimmt dem Nordend die einzige Möglichkeit, sich zu erholen? Wer zerstört dort die Kleingärten? Wer hat das angefangen? Herr Cunitz, GRÜNE. Wer setzt es fort? Herr Mike Josef, SPD. Das wird ja nicht die nächste Koalition werden - muss man ja schon fast hoffnungsfreudig sagen, obwohl ich auf Schwarz-Grün auch nicht viel setze, aber ob nun wirklich Rot-Grün da die Alternative ist, ich sehe sie nicht. Ihr zerstört sowohl die grünen Lungen, nicht nur hier, ihr zerstört sie auch draußen in den Stadtvierteln, und ihr seid nicht in der Lage, einen Tropfen dieser Stadt sozialer zu machen.

Ich sage nur: Macht einen Deckel auf die Mietpreise, macht einen Deckel auf Investoren, die die Stadt immer mehr aufkaufen wollen. Fühlt euch nicht gebauchpinselt, nur weil ein Investor da ein großes Ding baut. Bitte, bitte, SPD, verkauft nicht, wenn ihr drei Hochhäuser irgendwo genehmigt wie bei dem Deutsche-Bank-Gelände und dazwischen sind fünf Bäumchen und ich weiß nicht was - ob noch eine Wasserfläche oder sonst was - das jetzt als neue Mitte, das sei „die Öffnung“. Die Öffnung? Die Öffnung wohin?

Ihr wollt noch mehr Hochhäuser bauen. Das Übelste - und das nehme ich euch wirklich übel, und das ist kriminell - was ihr plant, ist im Ostend weitere Hochhäuser hinzusetzen, das heißt, ihr wollt die letzten billigen Wohnungen auch im Ostend noch kaputt machen.

Das ist wirklich eine Politik der SPD, die das Wort „sozial“ überhaupt nicht mehr verdient. Ich hoffe, man kann es noch stoppen mit der Kommunalwahl. Das ist ganz einfach kriminelle Politik gegen Bürger und gegen Natur in dieser Stadt.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Dr. Kochsiek von der CDU-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Dr. Albrecht Kochsiek,
CDU:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bei Ihnen, Herr Zieran, ist die CDU dieses Mal recht gut weggekommen, da muss man sich ja fast schon bedanken. Das freut uns wirklich. Die Giftpfeile wurden gegen SPD und GRÜNE gerichtet, ob das immer so berechtigt ist, das möchte ich jedoch in Zweifel stellen. Ich werde später noch einmal kurz darauf zurückkommen. Allerdings werde ich mich kurz halten, denn es ist nach zehn Uhr, und wir hatten uns ja eine eigene Grenze gesetzt. Ich rede gerne über das Thema Wohnungsbau, und ich unterstütze es auch gerne. Es ist eines der wichtigsten Themen hier in dieser Stadt, wie wir alle wissen.

Ich möchte auf die Pressekonferenz vom 25. Mai zu sprechen kommen, die Herr Stadtrat Josef gegeben hat mit der Überschrift „Jahresrückblick Baugeschehen in Frankfurt am Main“, denn dort sind die aktuellen Zahlen vom letzten Jahr genannt worden. Also, erst einmal ist es erfreulich, finde ich, dass die Anzahl der beantragten Kontingente für den geförderten Wohnungsbau um mehr als 200 auf 639 Wohnungen in 2019 angestiegen ist. Ebenso ist es eine gute Nachricht, dass die Bauaufsicht 379 illegal ungenutzte Wohnungen für den Wohnungsmarkt zurückgewonnen hat. Aus meiner Sicht war es das allerdings nun schon mit den wirklich erfreu-

chen Nachrichten. Was mich ganz ehrlich gesagt sehr enttäuscht und auch erschrocken hat - und das habe ich auch schon im Planungsausschuss gesagt - ist, dass die Anzahl der genehmigten Wohnungen in 2019 im Vergleich zu 2018 um sage und schreibe 20 Prozent zurückgegangen ist. Letztes Jahr wurden nur noch für 5.829 Wohneinheiten Genehmigungen erteilt. Auch die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist alles andere als befriedigend. Im Vergleich zu 2018 hat sie nur leicht zugenommen, nämlich um 5 Prozent, und im Vergleich zu 2017, also ein Jahr vorher, ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sogar um 25 Prozent zurückgegangen. Wir waren also - das muss man wirklich einmal sagen - viel besser. Nachdem wir als Koalition im Jahr 2016 mit großem Elan gestartet sind, bin ich verwundert, dass letztes Jahr so geringe Ergebnisse zustande gekommen sind. Ich möchte jetzt aber nicht - obwohl ich es mir eigentlich vorgenommen hatte - weiter darauf eingehen.

Allerdings möchte ich noch auf die Bebauungspläne eingehen, denn wer großflächig Wohnungen bauen möchte, der braucht Bebauungspläne. Leider ist es auch hier so, dass die bisher erzielten Ergebnisse viele Wünsche offenlassen. Die Liste der Aufstellungsbeschlüsse seit 2011 wird länger und länger. Es sind bereits über 60 Stück. Eigentlich sagt man, so zwei bis drei Jahre, Planungsdezernent Josef sagt vier Jahre, sollte es vom Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan dauern. Hier in Frankfurt dauert es leider, leider viel länger, und es sind nur wenige von diesen Aufstellungsbeschlüssen bisher in einen Bebauungsplan gemündet. Wir hatten bereits vorgeschlagen, wie man so etwas ändern könnte, beispielsweise indem man externe Büros beauftragt, da wurde uns einmal gesagt, die gäbe es nicht beziehungsweise der Markt wäre leer gefegt. Also wir haben durch eigene Recherchen herausgefunden, dass es viele gibt, die mit Kuss-hand gerne so einen Auftrag übernehmen und gerne so einen Bebauungsplan erstellen würden. Natürlich wissen wir, dass das dann mehr Koordinierungsbedarf für das Planungsdezernat ist, aber es ist die große Hoffnung, dass es am Ende mehr Bebauungspläne gibt. Wir haben gehört, dass manche Bebauungspläne gescheitert sind, zum Beispiel am possierlichen Tierchen des Feldhamsters. Wir hatten auch schon Probleme